Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,730.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tageblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 50 Mk. mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß. Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 337. Freitag den 3. December 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Das 15. Stück des diesjährigen Gesetz- und Verordnungsblattes für das Königreich Sachsen ist bei uns eingegangen und wird bis zum 17. December 1886 auf dem Rathhaussaale zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 66. Gesetz, einige Abänderungen des Gesetzes über die Landes-Immobiliar-Brandversicherungsanstalt vom 25. August 1876 betreffend; vom 13. October 1886.

Nr. 67. Verordnung zur Ausführung des Gesetzes vom 13. October 1886, einige Abänderungen des Gesetzes über die Landes-Immobiliar-Brandversicherungsanstalt vom 25. August 1876 betreffend, vom 14. October 1886.

Nr. 68. Bekanntmachung, die Redaction des Gesetzes über die Landes-Brandversicherungsanstalt betreffend, vom 15. October 1886.

Nr. 69. Gesetz, einige Ergänzung und Abänderung der §§. 18 und 19 des Gesetzes über das Mobiliar- und Privat-Feuerversicherungswesen vom 28. August 1876 betreffend, vom 18. October 1886.

Nr. 70. Verordnung zur Ausführung des Gesetzes vom 18. October 1886, eine Ergänzung und Abänderung der §§. 18 und 19 des Gesetzes über das Mobiliar- und Privat-Feuerversicherungswesen vom 28. August 1876 betreffend, vom 19. October 1886.

Leipzig, den 30. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Krumbiegel.

Bekanntmachung.

In der Nacht vom 29. zum 30. vor. Mts. ist die Eingangsthür einer Villa in der Sebastian Bachstraße (Nr. 3) von einer unbekannten Person böswillig mit einem scharfen Instrumente, wahrscheinlich einem Messer, **beschädigt** worden.

Sollte irgend Jemand eine Wahrnehmung über den Unbekannten, der diese Sachbeschädigung verübt hat, gemacht haben, so wird derselbe ersucht, hiervon unverzüglich bei unserer Criminal-Abtheilung Anzeige zu erstatten; zugleich wird bemerkt, daß der Eigenthümer des betreffenden Grundstücks sich erboten hat, demjenigen eine Belohnung von

Einhundert Mark

auszuzahlen, der zuerst Mittheilungen macht, auf Grund welcher es gelingt, den Beschädiger der Thür zur Bestrafung zu ziehen.

Leipzig, am 1. December 1886.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Nr. 3200. Ia. Bretschneider. L.

Bekanntmachung.

Die **Entschädigung** für die vom **15. bis 17.** und **27. bis 28. November d. J.** in hiesiger Stadt einquartiert gewesenen **Truppen vom Königlichen 10. Infanterie-Regiment Nr. 134** ist eingegangen und kann in den nächsten Tagen bei unserm Quartieramte, Stadthaus, 2tes Obergeschoß, Zimmer Nr. 107 erhoben werden.

Der den Quartierzettel Vorweisende gilt als zur Empfangnahme berechtigt.

Leipzig, am 1. December 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
X/M. 8012. Dr. Georgi. L.

Der Inhaber des von unserm III. Filial als abhanden gekommen angezeigten Interimsscheins über das Sparcassenbuch Serie II, Nr. 105,983 wird hierdurch aufgefordert, denselben innerhalb drei Monaten und längstens am 5. März 1887 an die unterzeichnete Anstalt zurückzugeben oder sein Recht daran zu beweisen, widrigenfalls der Sparcassen-Ordnung gemäß dem angemeldeten Verlustträger nach erfolgter Beeidigung seiner Anzeige das Buch ausgehändigt werden wird.

Leipzig, den 1. December 1886.

Die Verwaltung des Leihhauses und der Sparcasse.

Bekanntmachung.

Verloren wurde am heutigen Tage in den Mittagsstunden auf dem Wege vom Zeitzer Thore bis zur Arndtstraße ein grünes Couvert, in welchem sich zwei Notizzettel, die Klinge und die Schaale eines Taschenmessers befanden. Es wird dringend ersucht, letztere beiden Gegenstände, welche in einer hier anhängigen Untersuchung wichtige Ueberführungsstücke bilden, schleunigst anher abzuliefern.

Leipzig, den 2. December 1886.

Königliche Staatsanwaltschaft.
Dr. Nagel.

Wahl von Kirchenvorstehern zu St. Nicolai.

Die geprüfte Liste der Wahlberechtigten für die bevorstehende Wahl von Kirchenvorstehern für die Nicolaigemeinde liegt
am 1., 2. und 3. December dieses Jahres
Vormittags von 9—12 Uhr
in der Kirchenexpedition zu St. Nicolai, am Nicolaikirchhofe 13 zur Einsicht aus.

Leipzig, den 30. November 1886.

Der Kirchenvorstand zu St. Nicolai.
D. Hölscher.

Bekanntmachung.

Die Wählerliste zur Ergänzungswahl des Thomas-Kirchenvorstandes ist zur Einsicht ausgelegt
am 4. und 5. December c.
in der Kirchenexpedition Thomaskirchhof Nr. 23.

Leipzig, den 2. December 1886.

Der Kirchenvorstand zu St. Thomas.
D. Pank.

Nichtamtlicher Theil.

Aus dem Reichstage.

Glücklicherweise ist die erste Lesung des Etats am Mittwoch beendet worden. Der Eindruck, welchen die Berathung gemacht hat, war in hohem Grade unerquicklich und vor allen Dingen, wie wir das bereits gestern andeuteten, gänzlich unfruchtbar. Die Opposition, bestehend aus den Socialdemokraten, Freisinnigen und Centrum, erging sich in Klagen über das System und stellte Betrachtungen darüber an, wie es gekommen sein würde, wenn das System ihren Wünschen gemäß gestaltet worden wäre. Die Socialdemokraten wollen die progressive Einkommensteuer, damit die Millionäre gebührend besteuert werden können, die Freisinnigen sehnen sich nach dem unter Delbrück blühenden Freihandel zurück und verzichten auf Staatseisenbahnen, Börsensteuer, Dampferlinien und Colonialpolitik. Eugen Richter läßt das Nebelbild von der reformirten Zuckersteuer vor dem Reichstage erscheinen, durch welche die Zuckerindustrie vor der schwindelhaften Ueberproduction geschützt und Hunderte von Millionen erspart worden wären, die jetzt sehr nöthig gebraucht würden. Als das Wichtigste in seiner ganzen Rede erscheint aber die Forderung der zweijährigen Dienstzeit, weil sie als Sturmbock dient, um gegen die Militairvorlage anzukämpfen und ihre Nichtbewilligung zu begründen. Windthorst hat sich seine Kampfesweise so zurecht gemacht, daß er die Regierung zum Geständniß zwingen will, ob sie das Tabakmonopol noch als letzten Rettungsanker in petto hält oder nicht, und als weiteres schweres Geschütz führt er die Forderung auf, daß Derjenige, welcher Ausgaben bewilligen soll, auch wissen muß, durch welche Einnahmen sie gedeckt werden können; er vermißt die Taktik, welche darauf gerichtet ist, daß der gegenwärtige Reichstag Schulden macht, deren Bezahlung dem zukünftigen Reichstage überlassen werde.

Diese Art der gegenseitigen Klagen, Vorwürfe und Beschuldigungen ist unerquicklich, zwecklos und verwerflich, denn wir leben nicht in einer Zeit der ruhigen Entwickelung, sondern einer tiefgreifenden, das ganze staatliche und gesellschaftliche Leben umfassenden und durchdringenden Bewegung. Der kirchenpolitische Kampf ist gegenwärtig in Deutschland vertagt, es ist ein Waffenstillstand eingetreten und der Abschluß eines Friedens von längerer Dauer sogar in naher Aussicht, aber wir Alle wissen, daß der Gegensatz zwischen Staat und Kirche damit nicht aus der Welt geschafft ist, daß der Kampf durch irgend eine unerwartete Wendung alsbald aufs Neue entbrennen kann. Die zweite große Zeitfrage ist die sociale Frage, deren Lösung die schwierigste Aufgabe, die jemals gestellt worden ist. Der Abgeordnete Hasenclever hat richtig bemerkt, daß die socialpolitische Frage durch die Regierungsvorlagen parlamentsfähig geworden ist. Das ist ein durchschlagender Erfolg, denn dadurch wird die sociale Frage aus der Sphäre der Gewalt in die des friedlichen Meinungsaustausches übertragen und nur durch diese ist die Lösung überhaupt möglich. — „Wo rohe Kräfte sinnlos walten, da kann sich kein Gebild gestalten." Neben diesen beiden großen Kämpfen ist aber noch ein dritter auszufechten und das ist der Kampf der Völker um die Herrschaft. Dieser Kampf wird heute hauptsächlich durch die drei Mächte Frankreich, England und Rußland geführt, jede dieser drei Mächte glaubt Anspruch auf die Weltherrschaft erheben zu können, und um ihr Ziel zu erreichen, müssen sie vorher die Schranken beseitigen, welche der Geltendmachung ihrer Machtmittel im Wege stehen.

Wie klein und unzulänglich ist dieser Sachlage gegenüber die Haltung des deutschen Reichstages! Verlangt die deutschfreisinnige Partei vielleicht, daß die Reichsregierung jetzt plötzlich zum Freihandelssystem zurückkehren, daß eine durchgreifende Steuerreform in Angriff genommen werden soll? Was helfen alle scharfsinnigen Reden über Zuckersteuer und Branntweinsteuer, über Tabakmonopol und Börsensteuer, wenn darüber die Hauptsache außer Acht gelassen wird, wenn die Fluth der socialen Revolution die Schutzwehren niederreißt, welche die Reichsregierung in weiser Vorsicht aufgerichtet hat, und wenn wir bei einem Weltkriege den Feinden nicht hinreichend gerüstet gegenüberstehen? Heute ist keine Zeit, über die Zweckmäßigkeit oder Schädlichkeit des einen oder andern Steuersystems Reden zu halten, oder über zwei- oder dreijährige Dienstzeit, über die Frage, ob das Reichsgericht besser in Berlin seinen Sitz aufschlägt oder in Leipzig bleibt, ob Herr Windthorst den Finanzminister Scholz überzeugt, daß er sich „verhauen" hat oder nicht. Solche Sitzungen wie die Mittwochssitzung des Reichstages müssen unseren Feinden eine sehr willkommene Vorstellung unserer politischen Unreife gewähren. Was hilft es, daß die Hasenclever und Eugen Richter von Patriotismus sprechen und doch, wenn es gilt, diesen Patriotismus zu beweisen, der Reichsregierung Steine statt Brod geben? Was uns in diesem Augenblicke am meisten Noth thut, ist eine starke Regierung, welche einen festen Damm gegen die sociale Revolution gewährt, und eine starke Armee, welche den europäischen Frieden sichert, alles Andere sinkt in dieser schweren Zeit zur Bedeutungslosigkeit herab, und weil es so ist, deshalb können wir es nur beklagen, daß Männer wie Stauffenberg die Abschaffung des Socialistengesetzes als das Hauptziel aller wahrhaft liberalen Männer in Wahlversammlungen hinstellen. Wir können Gott danken, daß wir das Socialistengesetz haben und wir wollen, was an uns liegt, dafür sorgen, daß es noch auf lange Zeit hinaus bestehen bleibt. Wenn wir erst soweit gekommen sind, daß wir die Rettung Deutschlands in die Hände Hasenclever's, Eugen Richter's und Windthorst's legen, dann sind wir am Ende unserer Entwickelung angelangt, dann können wir das deutsche Reich für bankerott erklären und den Concurs anmelden.

Unsere Zustände sind gewiß der Verbesserung fähig und bedürftig, wo wäre das nicht der Fall? Ob unsere Finanzpolitik richtig ist, darüber läßt sich streiten und wir haben daran manche Ausstellung zu machen, aber wir haben uns vor allen Dingen die Frage vorzulegen, ob die Geschäfte des deutschen Reiches mit Rücksicht auf die bewegenden Hauptfragen unserer Zeit richtig geführt werden. Und diese Frage hat noch kein Mann von Einsicht zu verneinen gewagt. Wo wären wir heute, wenn nicht im Jahre 1878 der Ausbreitung der Socialdemokratie durch das Socialistengesetz Halt geboten worden wäre? Oder wie stände es um die Macht des deutschen Reiches und seine Sicherheit, wenn wir in den letzten Monaten auswärtige Politik nach freisinnigem Muster getrieben hätten? Der Bruch mit Rußland wäre unvermeidlich gewesen, aber unter ganz anderen Verhältnissen, als sie heute liegen. Wir hätten die Kastanien aus dem Feuer holen müssen, und die Andern hätten das Fett von der Brühe abgeschöpft! Deutschlands kluge Politik hat es gefügt, daß die nächstbetheiligten Mächte Oesterreich-Ungarn, England und Italien sich ihrer Aufgabe bewußt geworden sind und daß Frankreich darauf verzichtet hat, im Bunde mit Rußland eine europäische Coalition zu bekämpfen. Rußland weicht Schritt für Schritt auf der Balkanhalbinsel zurück und ist zur Einsicht gelangt, daß es seine Wünsche vertagen muß. Das ist das Ergebniß einer weitsichtigen, verständnißvollen Politik, und ein Ausfluß dieser Politik ist die Vorlage wegen Erhöhung der Heerespräsenz. Angesichts der erhabenen Weltstellung, welche sich Deutschland durch seine von großen Gesichtspuncten geleitete Politik erworben hat, sollen wir uns in Capitalfragen auf das Niveau der Nörgel- und Ränkepolitik eines Eugen Richter und eines Windthorst begeben? Nimmermehr, das leidet die Würde des deutschen Volkes nicht. Zuerst ist die Sorge um die Existenz zu befriedigen, die Annehmlichkeiten des Daseins kommen erst in zweiter Linie in Betracht. *

Leipzig, 3. December 1886.

* Dem Bundesrath ist ein Gesetzentwurf, betr. einige auf die Marine bezügliche Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes über Pensionirung und Versorgung der Militairpersonen zugegangen. Der Gesetzentwurf, welcher 6 Artikel enthält, bezieht sich hauptsächlich auf eine doppelte Anrechnung der Dienstzeit der Marinemannschaften, welche außerhalb der Ost- und Nordsee zugebracht wird und auf die bei der Pensionirung doppelt in Anrechnung zu bringende Zeit für Mannschaften, welche länger als ein Jahr in außereuropäischen Ländern Verwendung gefunden haben. Es soll dies auch auf die Civilbeamten der kaiserlichen Marine Anwendung finden, sowie für Schiffsjungen der kaiserlichen Marine, welche durch Dienstbeschädigung unfähig werden, und auf die Lootsen der kaiserlichen Marine.

* Ueber eine neue Magyarisirungsmaßregel in Ungarn wird uns geschrieben: „Nachdem gegen das Gesetz in allen deutschen Volksschulen in Ungarn das Magyarische als zweite Unterrichtssprache eingeführt worden ist, hat der Cultusminister einen weiteren Schritt gethan: er will nun auch die Kindergärten magyarisiren! Ein Erlaß desselben ordnet an, daß hinfort Niemand einen Kindergarten eröffnen und leiten dürfe, der nicht seine Befähigung auch in magyarischer Sprache dargelegt habe. Sodann müsse in allen Kindergärten mit den Kindern auch magyarisch gesprochen werden, so daß schon das Kind diese Sprache lerne. Und all diese erbitternden Maßregeln geschehen in einem Augenblick, wo die innere Befriedigung der Nationalitäten angesichts der orientalischen Krisis eine Lebensfrage für Ungarn ist!"

* Ueber die Russificirung der deutschen Gymnasien in den baltischen Provinzen läßt sich die „Nowoje Wremja" aus Dorpat schreiben: „In Mitau wird die Umwandlung des Gymnasiums in ein russisches sich gleichzeitig auf alle Classen beziehen, da die Schüler dort nennenswerthe Kenntnisse in der russischen Sprache zeigen. Vielleicht werden jedoch zwei mittlere Classen vor der Hand ausgenommen. In den Gymnasien zu Dorpat und Libau dagegen soll die russische Sprache successive eingeführt werden: zuerst nur in der Septima und in der Prima; in letzterer Classe wird meist nur repetirt, und da die Schüler genug vorgebildet sind, um Russisch einigermaßen zu verstehen und Aufsätze in dieser Sprache schreiben zu können, so steht einer Wiederholung des Cursus in russischer Sprache nichts im Wege. Die Umwandlung der Universität wird dann auch nicht mehr lange auf sich warten lassen, sie kommt gleich nach Russificirung der Gymnasien an die Reihe, d. h. nicht später als nach drei Jahren, möglicher Weise aber schon früher."

* Zur Lage in Bulgarien wird der „Kölnischen Zeitung" aus Sofia, 26. November, geschrieben:

Die neue Verschwörung in der Junkerschule hat hier wahrscheinlich weniger Aufsehen gemacht als in Europa. Man ist eben hier an Revolution gewöhnt und man war darauf vorbereitet, daß Herr v. Kaulbars noch mindestens ein derartiges Geschenk zurücklassen würde. Es haben gestern noch einige Verhaftungen stattgefunden, doch hängen sie nicht unmittelbar mit der Angelegenheit zusammen. Die Regierung hat es aber satt bekommen, den Zankowisten zu gestatten, fortwährend unter ihren Augen gegen die bestehende Ordnung zu wühlen. In letzter Zeit genirten sie sich in Sofia auch nicht mehr im Geringsten und betrieben z. B. die Versuche, einzelne Officiere zu gewinnen, mit einer geradezu unglaublichen Offenheit. Während sie überall laut über den „Terrorismus" der Regierung klagen, halten sie in allen Wirthshäusern aufrührerische Reden, behaupten, daß die Grueffs und Genossen verdienstvolle Männer und die Regenten Spitzbuben und Schimmerer seien. Daß da endlich der Regierung die Geduld gerissen ist, ist wohl natürlich. Nur in einem Puncte sind Zankowisten und Regierung einig, nämlich darin, daß die Candidatur des Dadian von Mingrelien grotesk und unannehmbar sei. Da sie aber diese Candidatur mit der von ihnen gerühmten Weisheit und Liebe des Zaren nicht vereinigen können, so suchen sie das Volk dadurch zu täuschen, daß sie behaupten, die russische Candidatur des Mingreliers sei eine boshafte Erfindung der Regentschaft, die dadurch Rußland in den Augen aller Bulgaren herabsetzen wolle. Ungetheilte Heiterkeit erregt hier ein Spottartikel der „Nezawisima Bulgaria", in dem ausgeführt wird, der Dadian von Mingrelien könne nicht Fürst von Bulgarien werden, weil der Berliner Vertrag die Ansiedlung von Tscherkessen in Bulgarien verbiete. Es geht hier die Nummer der „Leipziger Illustrirten Zeitung" vom 13. November von Hand zu Hand, in welcher neben anderen Eingeborenen-Typen aus den deutschen Colonien auf Neu-Guinea auch als Prachtstück ein Menschenfresser abgebildet ist. Unter dieses Bildniß hat ein findiger Mensch „Prince Nicolas de Mingrélie" geschrieben und damit einen fabelhaften Lacherfolg erzielt. Sie sehen, daß der unglückliche Mingrelier hier nicht eben sehr angesehen ist, und daß die Bulgaren sich vorläufig entschieden weigern, ihn ernst zu nehmen. Es scheint mir deshalb auch sehr fraglich, ob es die Russen mit der Candidatur des Fürsten von Mingrelien wirklich ernst gemeint haben, denn wenn sie über die hiesigen Zustände auch immer recht schlecht unterrichtet gewesen sind, so mußten sie doch wissen, daß eine solche Candidatur vergleichsweise wenig Aussicht auf Erfolg haben würde. Vor zwei Arten von Candidaten haben die Bulgaren eine unüberwindliche Abneigung: vor den Montenegrinern und vor den Tscherkessen. Erstere, die Bozo Petrovich und wie sie sonst heißen, bedeuten für sie die Aussaugung des Landes durch ausgehungerte Montenegriner und gleichzeitig die Einführung eines solchen Halsabschneidersystems. Die Tscherkessen aber waren während der Türkenzeit stets unbequeme und gefährliche Nachbarn der Bulgaren und zogen sich deren nachhaltigsten Haß zu.

* Ueber den Aufenthalt des Generals Kaulbars in Konstantinopel berichtet die „Politische Correspondenz" von dort vom 27. November:

Gestern hat die übliche Ceremonie des Selamlik trotz des schlechten Wetters mit ungewöhnlichem Glanze stattgefunden, und man irrt wohl nicht mit der Annahme, daß der dabei aufgebotene Apparat der Anwesenheit des Generals Kaulbars galt, welchem der Sultan jedenfalls einen hohen Begriff von seiner Macht zu geben bestrebt war. Uebrigens war russischerseits vorgearbeitet worden, um eine äußerlich ansehnliche und doch bedeutungsvolle Demonstration zu Gunsten Rußlands herbeizuführen. Herr v. Nelidow hatte einige Tage vorher in besonderer Audienz dem Sultan ein eigenhändiges Schreiben des Zaren an den Sultan überreicht. Es ist ein jedenfalls auffallender Umstand, daß General Kaulbars schon vorgestern mit dem an jedem Donnerstage nach Varna abgehenden russischen Dampfer hätte abreisen sollen, und daß das Schiff seitens des Herrn v. Nelidow Order erhielt, die Abreise zu verschieben. Der Sultan hatte anbefohlen, daß der Selamlik in der Moschee von Beschik-Tasch um 1 Uhr Nachmittag stattzufinden habe, wohin auch alle Truppen zusammengezogen wurden. Gegenüber dieser Moschee befindet sich der große Saal der kaiserlichen Garde und in diesem Raume hatten Herr und Frau von Nelidow, der General Kaulbars in großer Uniform und einige Mitglieder des diplomatischen Corps Aufstellung genommen. Mehrere Regimenter Cavallerie, Artillerie und Marinetruppen bildeten von Yildiz-Kiosk bis zur Moschee Spalier. Der Sultan fuhr mit Osman und Hamik Pascha in einem offenen Wagen, begrüßte im Vorbeikommen die Diplomaten und betrat dann den Betraum, wo er eine halbe Stunde verweilte. Sodann begab sich der Sultan an ein Fenster in einer der Nebenräumlichkeiten der Moschee und beobachtete von dort aus die unter Musikklängen sich entwickelnde Defilirung der ausgerückten Truppen. Es waren im Ganzen drei Cavallerie-Regimenter, darunter das neugebildete von Ertogrul, drei Linienregimenter, zehn Bataillone der kaiserlichen Garde, das Negerregiment, je ein Regiment Artillerie, Genie- und Marinetruppen. Die Defilirung, welche an dreiviertel Stunden dauerte, ging in der schönsten Ordnung vor sich, und leisteten die Truppen im Vorbeiziehen dem General Kaulbars die Ehrenbezeugung. Bevor der Sultan den Schauplatz verließ, entsandte er seinen Adjutanten Ahmed Pascha, um Herrn von Nelidow und den General Kaulbars zu sich ins Palais einzuladen. Die Herren begaben sich in Begleitung des ersten Dragomans der russischen Botschaft nach Yildiz-Kiosk, wo der General Kaulbars officiell dem Padischah vorgestellt wurde, der ihn sehr gnädig empfing und ihm den Groß-Cordon des Medschidije-Ordens verlieh. Nach dieser wurden der General und Herr von Nelidow in privater Audienz empfangen, im Verlaufe welcher auch politische Fragen berührt worden sein sollen. Unmittelbar nach der Audienz reiste General Kaulbars nach Odessa.

* Der vielgerühmte Idealismus der Franzosen, sich der unterdrückten Völkerstämme anzunehmen, ist bei der bulgarischen Frage elendiglich in die Brüche gegangen, die Zeitungen nehmen „aus höheren Rücksichten" Partei für den General Kaulbars, und nicht wenige Franzosen haben ihn zu seinem Auftreten beglückwünscht, denn „Patrie" und „Petit Caporal" veröffentlichten folgendes, allerdings nicht beglaubigtes Schreiben:

Sofia, 17. November.

Herr Redacteur! Seit meiner Ankunft in Bulgarien erhalte ich aus allen Gegenden Frankreichs eine große Anzahl Briefe, in welchen man mir fortdauernd die herzlichsten Wünsche für den Erfolg der mir in Bulgarien obliegenden schwierigen Aufgabe ausdrückt. Da es mir nicht möglich ist, alle diese Schreiben zu beantworten, beeile ich mich, mittelst der Presse meinen lebhaften Dank für die moralische Unterstützung in meinem Feldzuge gegen die Intriguen, den Undank und die Lüge auszusprechen.

General Baron N. Kaulbars.

* Die Programmrede des Herrn von Freycinet findet den vollen Beifall der Petersburger panslawistischen Presse; ob dieser Erfolg von Herrn v. Freycinet erwartet war, lassen wir dahingestellt. Frankreich wird als diplomatisches Hilfscorps des Panslawismus vorgeführt. Die „Nowoje Wremja" hebt die einzelnen Puncte der Rede hervor, unterläßt jedoch, die Versicherung Freycinet's zu erwähnen, daß er die Integrität des osmanischen Reiches als ein für Frankreich wichtiges Interesse betrachte. Das panslawistische Blatt findet die Freycinet'schen Erklärungen schon deshalb wichtig, weil dieselben die Wahrscheinlichkeit der vielbesprochenen österreichisch-englischen Convention abschwächen. Mit Deutschland wünsche Freycinet offenbar keinen Krieg zu führen, die Zeit zur Ausgleichung der Rechnung und der Revanche sei noch nicht gekommen. Frankreich könne, wenn es nicht in neue Mißverständnisse mit Rußland gerathe, dem Theil Europas große Dienste leisten, der die deutsche Dictatur nicht als Segen und nicht als die normale Ordnung betrachtet. Wir Russen, sagt das Blatt, verlangen nicht viel von Frankreich. Wenn dessen auswärtige Politik in Zukunft die gleiche bleibt wie in der letzten Zeit, wenn überall, wo gegen uns die Heimtücke der westlichen Diplomatie arbeitet, die französische Diplomatie diesen Umtrieben vollständig fern bleibt, so finden wir, daß die Pariser Regierung eine nützliche und fruchtbare Stelle ausfüllt. In dem Streite zwischen Frankreich und England kann das Erstere versichert sein, daß nicht blos unsere Sympathie, sondern die volle Mitwirkung immer auf der Seite Frankreichs sein wird. Wenn Herr v. Freycinet sein Programm getreulich ausführt, so kann er viel damit erreichen, und wenn er auf diesem Wege die internationale Bedeutung Frankreichs wiederherstellt, so wird sich Niemand, nach der Ansicht der „Nowoje Wremja", so herzlich darüber freuen wie Rußland, das an sich selbst die Folgen seiner deutsch-freundlichen Politik von 1870/71 fühlt.

* Der Karolinenstreit hat in dem einst das Meer beherrschenden Spanien das Bewußtsein maritimer Ohnmacht geweckt, aber es bedurfte nur dieser Anregung, um die wahrlich nicht überreiche Nation in einmüthiger Opferwilligkeit für Ausbesserung dieses Schadens einstehen zu lassen. In Spanien ist man wie in Frankreich in der glücklichen Lage, daß vor der Forderung von Mitteln, welche zum nationalen Schutze nothwendig erscheinen, das Parteigezänk verstummt, und so hat denn der Congreß am vorigen Montag einen von dem früheren Marineminister Berenger vorbereiteten Gesetzentwurf ohne Erörterung genehmigt, wonach der Regierung für Instandsetzung der Flotte 180 Millionen L., auf neun Jahre vertheilt, neben 1,700,000 L. jährlicher Ausgaben für Marinezwecke bewilligt werden. Mit dieser Summe sollen die Arsenale neu ausgerüstet und folgende Schiffe gebaut werden: ein Panzerschiff, 27 Kreuzer, 144 Torpedoboote und 72 kleinere Schaluppen und Kanonenboote. Die bedeutenden Ausgaben sollen nach dem Plane Camacho's durch den Verkauf von Gemeindeländereien und Staatswaldungen gedeckt werden. An der Annahme des Gesetzentwurfs durch den Senat wird nicht gezweifelt. Auch die Vorlage über Einführung der Schwurgerichte ist der Kammer bereits zugegangen. Die hauptsächlichsten Vergehen, die bisher unter das Straf- und Civilgesetz fielen, sollen fortan von Geschworenen beurtheilt werden, die mindestens 30 Jahre alt sein müssen. Bei der Abstimmung entscheidet die einfache Mehrheit. Bankbrüchige, Leute, die schon bestraft sind oder gegen die eine Criminalklage anhängig ist, sowie Beamte im Justiz-, Civil- und Militairdienste sind von dem Geschworenenamte ausgeschlossen.

Colonialpolitisches.

* Von den Missionaren Bach und Hofmann ist wieder ein Brief an die Hersbrucker Gesellschaft für evangelisch-lutherische Mission in Ostafrika angekommen. Die Missionare haben sich bereits bleibend in Jimbani niedergelassen, sie wollen jedoch, daß für die Zukunft dem Ort ein anderer Name beigelegt werde; da in der Nähe von Mombas noch ein Ort Namens Jimbani liegt, soll die Missionsstation Jimba (sprich Dschimba) heißen. Mit Hilfe einiger Eingeborenen aus der englischen Missionsstation in